

Bericht in der Nordd. Rundschau 24.11.23

Kreis Steinburg

Brokdorf-akut bleibt skeptisch

Bundesgesellschaften betonen Sicherheit der Brennelemente-Behälter

- Initiative ruft zu Widerstand auf



Bei der Einfuhr und Lagerung von Behältern im Zwischenlager Brokdorf gelten höchste Sicherheitsbedingungen.

Foto: BGZ Gesellschaft für Zwischenlagerung mbH

Ilke Rosenberg

Aus Sicht der Initiative „Brokdorf-akut“ haben sich in der jüngsten Dialog-Veranstaltung, die die Bundesgesellschaften für Zwischenlagerung (BGZ) und Endlagerung (BGE) in Brokdorf veranstalteten, Aussagen ergeben, die Eilhard Stelzner aus Holsteniendorf und Karsten Hinrichsen aus Brokdorf hinterfragen. Die Vertreter der Initiative sprechen dabei sowohl die Zwischenlagerung als auch die Endlagerung, für die die Region Brokdorf infrage kommen könnte, an.

So wie die Aussage, dass das Zwischenlager für abgebrannte Brennelemente in Brokdorf nur bis zum Jahr 2047 genehmigt sei. Aber die Brennelemente könnten wohl zirka 100 Jahre lang im Zwischenlager bleiben. „So lange wird es wohl dauern, bis das atomare Endlager fertiggestellt ist“, heißt es in der Stellungnahme.

Die BGZ erläutert auf Anfrage den zeitlichen Ablauf aus ihrer Sicht. Die BGE als zuständige Bundesgesellschaft für Endlagerung rechnet derzeit mit der Festlegung eines Standorts für das Endlager nicht vor den 2040er Jahren, so Pressesprecherin Janine Tokarski. Weitere 20 bis 30 Jahre würden Planung und Bau des Endlagers benötigen. Und es werde nach Fertigstellung des Endlagers weitere 20 bis 30 Jahre dauern, bis alle hochradioaktiven Abfälle aus den bundesweiten Zwischenlagern in das Endlager eingelagert seien.

„Die Genehmigung für das Zwischenlager Brokdorf läuft 2047 aus, die BGZ bereitet sich jedoch bereits seit ihrer Gründung 2017 auf die verlängerte Zwischenlagerung vor und wird rechtzeitig eine neue Genehmigung für das Zwischenlager Brokdorf und alle weiteren Standorte beantragen“, betont Tokarski.

„Heiße Zelle“ ist nicht erforderlich

Nach Meinung von Brokdorf-akut sei angesichts dieses Zeitraums eine „heiße Zelle“ erforderlich, ein Gebäude, in dem die Brennelementbehälter bei Auffälligkeiten geöffnet werden könnten. Laut BGZ-Mitteilung sei „eine heiße Zelle nach derzeitigem Stand für die sichere Zwischenlagerung auch über den aktuell genehmigten Zeitraum von 40 Jahren hinaus nicht erforder-

lich“. Die BGZ-Presse-sprecherin erläutert: „Es gibt ein genehmigtes Reparaturkonzept für den extrem unwahrscheinlichen Fall, dass einer der beiden Deckel, mit dem jeder (Castor-)Behälter dicht verschlossen ist, undicht wird.“ Dies sei „in mehr als 30 Jahren Zwischenlagerung noch nie geschehen“. Für eine Reparatur sei das Öffnen eines Behälters – und somit der offene Umgang mit radioaktivem Material – nicht erforderlich. Die Behälter sorgten für die Einhaltung aller Schutzziele: „sicherer Einschluss des radioaktiven Materials, Wärmeabfuhr, Vermeidung einer nuklearen Kettenreaktion und Abschirmung der Strahlung“.

Ein weiteres Thema, das die Initiativen-Vertreter ansprechen, ist die von der BGE veröffentlichte Karte, wonach 54 Prozent der Fläche Deutschlands für eine

Endlagerung infrage kämen. „Eine der rund 90 als geeignet identifizierten Flächen ist die Region um Brokdorf, unter anderem wegen der Salzstöcke im Untergrund“, so Hinrichsen und Stelzner weiter. „Bis zum Jahr 2027 sollen – mit Bürgerbeteiligung – zirka zehn als die am besten geeigneten Regionen herausgefiltert werden.“ Brokdorf-akut sei der Auffassung, dass die Region um Brokdorf wegen des Meeresspiegelanstiegs nicht infrage kommen könne.

Die Pressestelle der Bundesgesellschaft für Endlagerung informiert auf Anfrage, dass die genaue Zahl der Standortregionen noch nicht feststeht. Der stellvertretende Pressesprecher Sven Petersen erklärt: „Bei der Eingrenzung werden wir selbstverständlich sämtliche Informationen, die zu den Gebieten vorliegen, berücksichtigen.“ Die 90 ausgewie-

senen Teilgebiete würden eine grundsätzlich günstige Gesamtsituation für die sichere Lagerung der radioaktiven Abfälle erwarten lassen und müssten nun weiter bezüglich ihrer Sicherheit bewertet werden.

Ein steigender Meeresspiegel sei nicht per se ein Grund, ein Gebiet nicht weiter zu betrachten. Dabei weist Petersen auf planungswissenschaftliche Abwägungskriterien, die angewendet werden, hin. Dazu gehörten beispielsweise der Abstand eines potenziellen Standorts zu Wohngebieten, die Lage in Naturschutz-, Trinkwasserschutz- oder Überschwemmungsgebieten sowie der Abbau von Bodenschätzen.

Er unterstreicht: „Klar ist: Nach dem sicheren Verschluss des Endlagerbergwerks darf sich auch ein steigender Meeresspiegel nicht negativ auf die Sicherheit des Endlagers auswirken.“ Dies bedeute gleichzeitig nicht, dass sich solch ein Endlager nicht irgendwann auch unter dem Meeresspiegel befinden könnte. „Solange die Geologie sicher vor den Abfällen schützt, kann sich ein zukünftiges Endlager auch unterhalb des Meeresspiegels befinden“, sagt er.

Auch wenn Brokdorf nicht zu dem Kreis der zehn schließlich herausgefilterten Endlager-Regionen gehören sollte, ruft die Initiative Brokdorf-akut die Menschen in der Region auf, „rechtzeitig Widerstand“ zu leisten. Nach einer Benennung werde es dafür zu spät sein, so Hinrichsen und Stelzner.